

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 15.04.10
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:27 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Stellvertretende Vorsitzende

Vredenborg, Elke

Ratsmitglieder

Albers, Jan Edo

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Friedel, Lars

Funk, Harry

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Huckfeld, Renate

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Kaiser, Peter

Ludewig, Enno

Lüken, Gerold

Makrinius, Ilse

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter
Werber, Gerhard
Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.
Zillmer, Dirk

Verwaltung

Hagestedt, Uwe
Mühlena, Björn
Müller, Mike
Röben, Manfred
Rüstmann, Dietmar

Entschuldigt waren:

Vorsitzende

Lorentzen, Margot

Ratsmitglieder

Matern, Hans

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 über die Sitzung des Rates vom 25. Februar 2010 - öffentlicher Teil -

Diese Niederschrift wird mit 28 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 6 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

- keine -

TOP 7 Bericht der Bürgermeisterin über

TOP 7.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeisterin Dankwardt unterrichtet den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus dessen Sitzungen Nr. 64 vom 09. März 2010, Nr. 65 vom 23. März 2010 und Nr. 66 vom 06. April 2010. Diese sind dem Protokoll in der Anlage beigelegt.

Herr Röben trägt den ebenfalls als Anlage beigelegten Baubericht für den Berichtszeitraum vom 25. Februar bis 14. April 2010 vor.

TOP 7.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt

Bürgermeisterin Dankwardt führt aus, dass der Verein "Jever aktiv" und die Kaufmannschaft in diesem Jahr das 6. Eisvergnügen durchführen werden. **Sie** betont, dass dieses nicht selbstverständlich und ein harter Brocken sei. An dieser Stelle lobt **sie**

ausdrücklich Herrn Dirk Eden, den Vorsitzenden von des Vereins "Jever Aktiv", der insgesamt 90 Sponsoren eingeworben habe, die einen Riesenanteil der Finanzierung übernehmen.

Bürgermeisterin Dankwardt teilt mit, dass die Stadt dem Bundeswehrrkontingent aus Upjever in Mazar-i-Sharif zu Ostern ein Paket u.a. mit dem Jever-Spiel geschickt habe. **Sie** habe nun ein Dankschreiben des Kommandeurs der Objektschutzgruppe erhalten, das **sie** verliest. Das Schreiben liegt dieser Niederschrift an.

TOP 7.3 Anträge und Beantwortung von Anfragen

Bürgermeisterin Dankwardt teilt mit, dass in der Sitzung Nr. 65 des Verwaltungsausschusses am 23.03.2010 der Antrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2010 auf Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder nach der Kommunalwahl 2011 mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Der weitere Antrag der FDP-Fraktion 12.03.2010 auf Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 22 d NGO zum geplanten Skulpturenrundgang sei ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden. **Sie** weist darauf hin, dass unter TOP 8.1.1 dieses Thema behandelt werde.

TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohner Gelegenheit zu Fragen an Rat und Verwaltung zu geben.

Herr Horst Walieczek richtet eine Frage an die CDU- und die SPD-Fraktion und an die Verwaltung. **Er** fragt, ob die Möglichkeit, im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen zu stellen, die im Wahlkampf von den Parteien geforderte und von der Verwaltung häufig angesprochene und gepriesene Bürgerbeteiligung darstellen solle. Wenn dieses nicht der Fall sein sollte, bittet **er** um Auskunft, wie dieses künftig geändert werden solle. Diese Frage solle jeder für sich beantworten. **Die Vorsitzende** erkundigt sich, ob **Herr Walieczek** von den angesprochenen Fraktionen eine Antwort erwarte. Dieses bejaht **er**. **Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Ratssitzung keine Antwort erfolgen könne, da laut Satzung in dieser keine Diskussion zulässig sei. Der Einwohner könne ein Frage von allgemeinem Interesse stellen, die von der Verwaltung entweder in der Sitzung oder schriftlich beantwortet werde. Ein Dialog zwischen den Bürgern und den Ratsmitgliedern sei nicht vorgesehen. **Herr Walieczek** erwidert, dass dieses die Bürgerbeteiligung noch stärker erschüttere. **Die Vorsitzende** erklärt, dass es sich bei der Einwohnerfragestunde nicht um eine Bürgerbeteiligung handele. **Herr Müller** bestätigt diese Aussage; eine Bürgerbeteiligung sehe nach der NGO eine andere Form vor, als eine Einwohnerfragestunde. Soweit eine Frage von allgemeinem Interesse gestellt werde, werde dazu eine klare Antwort erteilt. Die Frage von Herrn Walieczek sei seiner Ansicht nach eine rhetorische Frage. **Herr Husemann** bietet daraufhin Herr Walieczek an, dass ihn dieser privat oder auch seinen Parteivorsitzenden anrufen könne. Man stehe jederzeit Rede und Antwort für alle Dinge; dann sollten aber auch sachliche Fragen gestellt werden und nicht rhetorische.

Herr Werner Menke hat eine Frage zum Thema Skulpturenpfad. **Er** führt aus, dass **er** aus der Berichterstattung der Presse entnommen habe, dass die Pläne zur Aufstellung von 11 Skulpturen bereits beschlossen worden seien. Bei vieren davon gehe es schon konkret zur Sache. **Er** fragt, wie sich dieses mit der Aussage von Herrn Husemann in der heutigen Presse vertrage, dass es noch genügend Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion gebe. Was gebe es noch zu diskutieren, wenn alles beschlossen sei.

Bürgermeisterin Dankwardt erklärt, dass die Verwaltung diese Frage nicht beantworten könne, da diese an Herrn Husemann gestellt worden sei und man darauf hingewiesen habe, dass hier kein Dialog mit den Ratsmitgliedern geführt werden könne. **Herr Husemann** erklärt, dass **er** auch Herrn Menke anbieten, sich direkt an ihn zu wenden.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Einwohnerfragestunde hier missverstanden werde. Sie sei nicht dafür da, damit man gegenseitig ins Gespräch komme. Laut Satzung sollen im Rahmen der Einwohnerfragestunde solche Fragen gestellt, die kurz von der Verwaltung beantwortet werden können. Eine Diskussion über ein Thema sei in einer Einwohnerfragestunde nicht möglich.

Herr Menke erläutert, dass **er** außerdem der Presse entnommen habe, dass Herr Eden vorgeschlagen habe, erst einmal die Figur im Familia-Kreisel aufzustellen, damit man wisse, worüber man rede. **Er** fragt, ob dieses bedeute, dass nach der Aufstellung der 1. Skulptur eine Art Moratorium angedacht sei, um zu sehen, wie die Sache ankomme und die Sache dann noch beeinflusst werden könne. **Herr Müller** erklärt, dass ein Beschluss vorliege, der die Verwaltung beauftrage, das Konzept des Herrn Reiberg umzusetzen. Mit dem Kreisel werde begonnen und dann das Konzept Stück für Stück abgearbeitet werden. Dieses werde die Verwaltung über den Kulturausschuss der Öffentlichkeit transparent machen. Es werde in diesem Rahmen nicht die Aufgabe der Verwaltung sein, stets nach jedem Abschnitt abzuklopfen, ob alle dafür seien. Die Beschlusslage sei so, dass mindestens 4 Skulpturen realisiert werden sollen. Die anderen geplanten Standorte sollen geprüft werden, soweit dafür dann auch Spendengelder vorhanden seien. Die Verwaltung werde, bezogen auf den Zeitungsartikel, stets den Denkmalschutz mit einbeziehen. Dieser sei bereits im Vorfeld bei den ersten Begehungen beteiligt worden. **Er** versichert, dass man alle Vorschriften einhalten und mit den Grundstückseigentümern der geplanten Standorte sprechen werde.

Herr Friedrichs fragt, wie **er** als Bürger auf den Prozess bezüglich des Skulpturenpfades Einfluss nehmen könne, wenn **er** dafür oder dagegen sei. Wie solle dieses möglich sein, wenn hier von Bürgerbeteiligung die Rede sei. **Herr Müller** erwidert, dass der Bürger nur durch Wahlen Einfluss nehmen könne. Der Bürger habe sein Mandat durch die Wahlen den Ratsmitgliedern erteilt. Diese übernehmen diese Aufgaben. Ein einzelner Bürger als solcher dürfe es schwer haben, Einfluss zu nehmen. Er könne an die einzelnen Parteien herantreten und Einfluss nehmen, wenn viele Bürger dieses auch tun. Er könne aber nicht dadurch Einfluss nehmen, dass er in die Verwaltung komme und erkläre, dass er mit einer Sache nicht einverstanden sei. Dieses müsse politisch entschieden werden.

Herr Menke fragt, ob die Aussage richtig sei, dass, bevor der Beschluss über den Skulpturenpfad im Kultur- und Verwaltungsausschuss gefasst worden sei, die Öffentlichkeit von diesem Projekt offiziell nichts gewusst habe. **Bürgermeisterin Dankwardt** erklärt dazu, dass eine öffentliche Sitzung des Kulturausschusses stattgefunden habe, in der das Konzept vorgestellt worden sei. Der Künstler, Herr Reiberg, und der ausführende Bildhauer, Herr Schmidt, haben damals die Philosophie des Skulpturenpfades erläutert und zudem die Hintergründe für die beiden Figuren, die Verwendung finden sollen. Dieses sei der erste öffentliche Auftakt gewesen. Danach sei dieses Konzept im Verwaltungsausschuss beraten und beschlossen worden. Im Kulturausschuss sei eine einstimmige Beschlussempfehlung erfolgt und im Verwaltungsausschuss ein mehrheitlicher Beschluss.

Sodann eröffnet **die Vorsitzende** die Sitzung wieder.

TOP 8.1.1 Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 22 NGO zur geplanten Aufstellung von Betonskulpturen in der historischen Altstadt; Antrag der SWG / Sender-Gruppe und der FDP-Fraktion

Die Vorsitzende erteilt **Herrn Hartl** das Wort. **Dieser** stellt fest, dass man aufgrund der Ausführungen der Vorredner mitten im Thema sei. Am 12. März habe seine Fraktion, nachdem man sich nach den Beschlüssen, die gefasst worden waren, eines anderen bzw. besseren besonnen habe, einen Antrag gestellt. Aufgrund der Verfahrensweise, wie man mit dem Antrag umgegangen sei, sei man damit im Verwaltungsausschuss geendet. Damit habe sich seine Fraktion aber nicht zufrieden geben wollen, da die Ansicht vertreten werde, dass die Öffentlichkeit zu diesem Skulpturenpfad ein größeres Informationsrecht haben müsse. Der gleichen Meinung sei auch die SWG/Sender-Gruppe gewesen. So habe man gemäß § 41 NGO bei der Bürgermeisterin die sofortige Einberufung einer Sitzung des Rates unter Angabe des Beratungsgegenstandes "Durchführung einer Bürgerbefragung nach § 22 NGO" - beantragt. Die Sitzung wäre zum 01.04.2010 einzuberufen gewesen. Aufgrund der zeitlichen Nähe zur nächsten turnusgemäßen Ratssitzung habe man sich einvernehmlich darauf geeinigt, diesen Punkt in der heutigen Ratssitzung zu behandeln. Sodann verliest **Herr Hartl** die dieser Niederschrift beigefügte Stellungnahme.

Herr Schwanzar führt aus, dass seine Fraktion schlechte Erfahrungen mit "Lehrpfaden" gemacht habe. Es sei einmal um einen stadttökologischen Lehrpfad gegangen, der dann zerredet worden sei. Deshalb wolle man hier nicht das Gleiche tun. Seine Fraktion habe sich intensiv darüber Gedanken gemacht. **Er** selbst sei der Einzige gewesen, der im VA die von Herrn Menke geltend gemachten Bedenken zu dem Skulpturenpfad geäußert habe. Diese seien leider auf keinerlei fruchtbaren Boden gestoßen. Seine Fraktion sei immer für Bürgerbeteiligung und Transparenz. Seiner Ansicht nach sei der Skulpturenpfad mit zu heißer Nadel genäht worden. Nach der Vorstellung des Konzeptes im Kulturausschuss habe es keinen Rücklauf mehr in die Fraktionen gegeben. Dann sei der VA bereits terminiert und die Sache beschlossen worden. Wenn der Beton jetzt bestellt sei, sei es sehr schwierig, die Geschichte zu bremsen. Da es wegen der Mehrheitsverhältnisse unwahrscheinlich sei, dass der Skulpturenpfad gekippt wird, bleibe nur die Möglichkeit, an die Mehrheitsfraktionen zu appellieren, dass man so vorgehe, wie Herr Eden es angedacht habe. Man solle sich die Kreiselfigur nach Fertigstellung erst einmal anschauen und dann hören, wie diese ankomme. **Er** habe beispielsweise nichts gegen die geplante Figur des lesenden Bürgers am Kirchplatz vor der Buchhandlung einzuwenden. **Er** habe aber Probleme mit diesen Figuren in der Tangente von Denkmälern vor dem Schloß oder am Kiebitzbrunnen. Dieses gelte sicher auch für die Bürger, die sich mit dieser Stadt sehr stark identifizieren. Man müsse berücksichtigen, dass Jever eine historische Stadt sei und man die Bürger auf diese historische Substanz lenken wolle. **Er** bedauert, dass man in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr aufeinander eingehe. Man solle anders miteinander und auch mit den Bedenken der Bürger, die hier heute gefragt und sich auf dem Wochenmarkt geäußert haben, ernsthafter umgehen. Dieses mache man ja auch bei der 450-Jahr-Feier. Der Skulpturenpfad sei innerhalb von 2 Wochen dingfest gemacht. Dieses habe es bisher noch nicht gegeben.

Herr Janßen erklärt, dass es Kulturrundgänge in vielen anderen Städten gebe. In Jever sei nun ein Skulpturenpfad vorgesehen. Seine Fraktion empfinde dieses als tolle Sache

für Jever. Positiv daran sei auch, dass diese Skulpturen die Stadt kein Geld kosten. Dieses sei äußerst selten. Man solle sich darüber freuen, dass sich Sponsoren gefunden haben, die für 4 Skulpturen gespendet hätten. **Er** bittet darum, dieses Projekt nicht zu zerreden, zumal es noch genügend Möglichkeiten gebe, darüber zu diskutieren. Der Antrag auf Bürgerbefragung hätte seiner Ansicht nach unmittelbar nach der Kulturausschusssitzung gestellt werden müssen. In den politischen Gremien habe es keine Gegenstimmen zu dem Skulpturenpfad gegeben. Diese seien hinreichend informiert worden.

Es sei auch die Meinung geäußert worden, dass man die konkrete Gestaltung der Skulpturen den Künstlern überlassen solle. Dieser Meinung könne man nur zustimmen, da Kunst auch etwas mit Vertrauen zu tun habe; Vertrauen in den Künstler und Vertrauen in die Vertreter der Stadt, in diesem Fall in den Rat als Vertretung der Bürgerschaft. Bau- und Denkmalbehörden wurden und werden einbezogen, auch in Bezug auf die künftigen Standorte.

Die Öffentlichkeit sei durch zahlreiche Presseveröffentlichungen und öffentliche Ausschusssitzungen hergestellt worden. Nichts sei hinter verschlossenen Türen entschieden worden. Die Künstler wären sicherlich bereit, ihr Vorhaben interessierten Bürgern vorzustellen. Denkbar wäre, dass die Künstler an einem Freitag Vormittag im Graf-Anton-Günther-Saal das Projekt anhand von Skizzen vorstellen. Dort könne sich der interessierte Bürger informieren. An dem Grundkonzept solle festgehalten werden, zumal im Verwaltungsausschuss der Grundidee und dem vorgestellten Konzept mit 11 Standorten einvernehmlich zugestimmt worden sei. Alles sei noch im Fluss. Die Größe der Skulpturen sei noch nicht abschließend festgelegt. Es würden keine Riesen in die Innenstadt gestellt.

Inwieweit alle 11 Standorte realisiert werden, hänge von den Sponsoren ab. Diese solle man nicht vergraulen, in dem man negativ diskutiere. Man solle das Ganze positiv sehen. Die SPD-Fraktion spreche sich zwar gegen eine Bürgerbefragung aus, sei aber für einen weiteren Dialog mit den interessierten Bürgern. Die endgültigen Entscheidungen seien noch nicht gefallen. Die Skulpturen würden nach und nach aufgestellt, so, wie Geld dafür vorhanden sei. Über jeden weiteren Standort könne diskutiert und auch andere Standorte genommen werden.

Herr Janßen begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu einer Bürgerbefragung damit, dass diese einen hohen finanziellen Aufwand mit sich bringe. Nach seinen Informationen würde sich dieser auf ca. 3.000,00 Euro belaufen. Diesen Betrag habe man nicht im Haushalt eingeplant und müsste außerplanmäßig bereit gestellt werden. Es sei unklar, welche Kriterien bei der Bürgerbefragung angewandt werden müssen. Alle Bürger müssten die Möglichkeit zur Stimmabgabe haben. Nicht jeder Bürger kenne sich im Internet aus und nicht jeder könne ins Rathaus kommen. **Er** wirft die Fragen auf, wie repräsentativ diese Umfrage sei und die Fragestellung aussehen solle. Bei Kunst habe man sehr schnell viele verschiedene Meinungen. Letztendlich stellt sich die Frage, wie das Ergebnis bewertet werden solle. Die letzte Entscheidung liege beim Rat. Dieser müsse die Verantwortung tragen und möglicherweise den Kopf hin halten, wenn es schief gehe. Seine Fraktion habe harte Köpfe und würde diese auch hin halten.

Herr Husemann erklärt, dass **er** sich zu dieser Tagesordnung zu den Themen Öffentlichkeit, zur Thematik selbst und zur Bürgerbefragung Stellung nehmen wolle. Herr Janßen habe freundlicherweise aus seiner Sicht, die auch die Sicht der CDU-Fraktion sei, betont, dass man nicht berechtigt behaupten könne, dass die Öffentlichkeit nicht hergestellt worden sei und die Öffentlichkeit keine Kenntnis hatte. Den Vorwurf, dass es hier sehr schnell gegangen sei, höre **er** gern, da der Rat sonst unter dem Vorwurf leidet,

dass in dieser Stadt alles viel zu lange dauere. Mit dem Vorwurf, dass es hier einmal schneller gegangen sei, könne **er** gut leben. **Er** weist den Vorwurf von Herrn Schwanzar zurück, dass dessen Wortmeldungen in den Ausschüssen nicht Ernst genommen werden. Niemand sei ihm über den Mund gefahren und es werde die Meinung derer, die mit diskutieren, aber nicht mit stimmen dürfen, sehr ernst genommen. Herr Schwanzar solle nicht den Eindruck erwecken, als sei seine Fraktion die geknechtete Minderheit im Rat der Stadt Jever. Dieses müsse **er** zurückweisen.

Sodann verliest **Herr Husemann** den dieser Niederschrift beigefügten Redebeitrag.

Herr Werber zitiert im Rahmen seiner Ausführungen die Lokalpresse, die sehr intensiv und umfangreich über dieses Thema berichtet habe. Sowohl die FDP-Fraktion als auch die SWG/Sender-Gruppe begrüßen es sehr, dass dieses Thema breit in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Aus diesem Grund sei auch der Antrag gestellt worden, der in dieser Sitzung beraten und behandelt werden soll, nämlich die Bürger zu befragen. Zitat: "Anders als Musik, die man leiser stellen kann, oder Bilder, die man einfach wieder abhängt, werden die geplanten Kunstwerke das Stadtbild über Jahre oder Jahrzehnte prägen. Da sollte nichts gegen den Willen der Bürger entschieden werden." Dieses habe Herr Helmut Burlager am 10.04.2010 in "Meinen Wochenrückblick" im Jeverischen Wochenblatt geschrieben. Weiteres Zitat: "Jever hat noch ein unverwechselbares Gesicht und benötigt keine mehr oder weniger beliebige Ausstattung öffentlicher Räume in dieser geballten Form, doch scheint das jetzt vorgesehene Projekt in seinen Auswirkungen für die Altstadt deutlich überdimensioniert. Man sollte daher zu den anfänglichen Überlegungen zurückkehren, die sich mit der Ausgestaltung des Familia-Kreisels beschäftigten." Dieses habe Herr Werner Menke, Verfasser des Buches "Denkmäler in Jever" geschrieben. Die begeisterte Jeveranerin und Spiegel-Redakteurin Mareike Spiess-Hohnholz habe im Jeverischen Wochenblatt geschrieben: "Die lokale Politik sollte transparenter gemacht werden." **Herr Werber** erklärt, dass aus diesem Grunde der Antrag gestellt worden sei.

Er wirft dazu die Frage auf, wie es ohne jegliche Bürgerbeteiligung und ohne öffentliche Diskussion zu einem Beschluss kommen konnte, in Jever einen Skulpturenrundgang zu schaffen, gegen den es in der Bevölkerung durchaus Vorbehalte gebe. Abschließend zitiert **Herr Werber** den Altertums- und Heimatverein: "Verballhornung der kulturellen Zeugnisse Jevers". Dieses seien alles kritische Stimmen von kompetenten Bürgern. Nicht nur diese kritischen Bürger hätten sich geäußert, sondern auch eine Vielzahl von Jeveranern und Touristen. Die FDP-Fraktion und die SWG/Sender-Gruppe hätten dazu auf dem Wochenmarkt am Freitag und am Dienstag eine Meinungsumfrage durchgeführt, um sich einen Eindruck zu machen. Man wollte hören, was die Leute dazu sagen. Überwiegend sei die Meinung der Leute kritisch bzw. negativ gewesen. Die Jeveraner hätten spontan gesagt, dass diese Skulpturen nicht gebraucht werden, da genügend schöne Denkmäler vorhanden seien. Viele Besucher hätten gesagt, dass sie nach Jever der Altertümer bzw. der historischen Altstadt wegen, aber nicht wegen neuer Betonfiguren kämen.

Herr Werber spricht sodann Herrn Husemann an. Dieser habe in der NWZ davon gesprochen, dass eine Bürgerbefragung nicht in das System der kommunalen Selbstverwaltung passe und habe dieses auch hier wiederholt. **Er** frage sich, wie Herr Husemann zu diesem Schluss komme. Der niedersächsische Verfassungsgeber habe ausdrücklich in § 22 d der niedersächsischen Kommunalverfassung geregelt, dass eine Bürgerbefragung zulässig sei. Der Bürger solle eine Chance haben, bei wichtigen Fragen sich zu äußern und Stellung zu nehmen. Was könnte wichtiger sein, als in diesem Punkt die Bürger nach ihrer Meinung zu fragen. **Er** fragt, warum man sich dagegen wehre. Herr Husemann spreche dauernd über Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe. Was hindere ihn, heute durch Mitstimmen zu bekennen, dass er für eine Bürgerbefragung sei. Es gehe hier nicht um das Altstadt-Quartier sondern um die "gute Wohnstube" der Stadt. Mit dieser

"guten Wohnstube" identifizieren sich die Bürger. Es handele sich dabei um ein identitätsstiftendes Merkmal der Stadt Jever. **Herr Werber** stellt klar, dass sowohl seine Fraktion als auch die SWG/Sender-Gruppe die Ansicht vertreten, dass die Bürger der Stadt Jever zu dem Thema befragt werden sollten. Die Ratsmitglieder seien verpflichtet, die Bürger anzuhören.

Den Einwand von Herr Husemann, dass in der Vergangenheit keine Bürgerbefragung durchgeführt worden sei, verstehe er nicht. Das Mitscherlichdenkmal sei nicht vergleichbar mit den geplanten Skulpturen. Hier würden Äpfel mit Birnen verglichen, so dass dieses Argument nicht ziehe.

Herr Werber begrüßt, dass Sponsoren Geld für die Ausgestaltung der Stadt zur Verfügung stellen und dass der Familia-Kreisel ausgestaltet werden soll. Seine Fraktion könne sich vorstellen, dass in den Stadteingängen (bei OBI/McDonalds, bei ALDI oder beim Bahnhof) Figuren aufgestellt werden, die auf die Alt- bzw. Innenstadt hinweisen und die Besucher der Stadt animieren, dorthin zu gehen. Aber in der Innenstadt sei weniger mehr. **Er** appelliert, es bei dem jetzigen Zustand zu belassen.

Zur Kostenaussage von Herrn Janßen erklärt **Herr Werber**, dass derjenige, der im Rat für eine Ausgabe von 1,6 Mio. Euro für einen Vertrag mit einem Investor stimme, der das Vorhaben Altstadt-Quartier für weniger realisiert hätte, der müsse auch 2.000,00 Euro für eine Befragung der Bürger über haben.

Herr Husemann und Frau Dankwardt hätten sich oft für Bürgerfreundlichkeit eingesetzt. Sie könnten diese nun beweisen, wenn sie für die Bürgerbefragung stimmen.

Herr Schönbohm stellt fest, dass das meiste schon gesagt worden sei, so dass er sich kurz fassen könne. Über Kunst im öffentlichen Raum könne man viel diskutieren, da es die verschiedensten Ideenvorstellungen gebe. Anregungen von kompetenter Seite sollten jedoch nicht einfach in den Wind geschossen werden. Aus diesem Grunde bedauere die SWG/Sender-Gruppe, dass innerhalb einer guten Stunde das Projekt in der Sitzung des Kulturausschusses vorgestellt und auch entschieden worden sei. Danach habe es, von Leserbriefen abgesehen, keine Möglichkeit mehr gegeben, öffentlich etwas zu dem Projekt zu sagen, bzw. darüber zu diskutieren und seine Meinung oder Fachkompetenz einzubringen. Sonst sei in einer 1. Runde immer die Vorstellung erfolgt und in einer 2. Runde dann beraten und entschieden worden. In diesem Fall sei es sehr schnell gegangen. Herr Husemann habe erklärt, dass sich keiner an den Künstler gewendet habe. **Er** habe dieses damals angeregt, dieses sei aber nicht gewünscht gewesen.

Die Vorsitzende erklärt, dass der Rat sich nur mit der Frage zu befassen habe, ob er sich mit dem gemeinsamen Antrag der SWG/Sender-Gruppe und der FDP-Fraktion vom 19.03.2010 bezüglich der Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 22 NGO zur geplanten Aufstellung von Betonskulpturen in der historischen Altstadt befassen wolle oder nicht.

Sie lässt sodann darüber abstimmen.

Der Rat der Stadt Jever befasst sich mit dem gemeinsamen Antrag der SWG/Sender-Gruppe und der FDP-Fraktion vom 19.03.2010 bezüglich der Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 22 d NGO zur geplanten Aufstellung von Betonskulpturen in der historischen Altstadt.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 12 Nein 17

TOP 9 Satzung der Stadt Jever über die Festlegung der Grenzen für im Zusammenhang bebauter Ortsteile (Abgrenzungssatzung) sowie über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile im Bereich des Ortsteiles Cleverns; hier: Antrag auf Änderung der Abrundungssatzung

dazu
PlanA Nr. 39 vom 24.3.2010
VA Nr. 66 vom 6.4.2010
Vorlage: BV/189/2010

Herr Röben führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever ohne weitere Aussprache:

Beschlussvorschlag:

Der Antrag des Eigentümers des Flurstückes 147 der Flur 2, Gemarkung Cleverns, ist abzulehnen, da es keinen städtebaulichen Grund für die beantragte Änderung der Abgrenzungssatzung gibt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 80 "Sondergebiet Verbrauchermarkt Bahnhofstraße/Adolf-Ahlers-Straße"; hier: Abwägung nach frühzeitiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Auslegungsbeschluss

dazu
PlanA Nr. 39 vom 24.3.2010
VA Nr. 66 vom 6.4.2010
Vorlage: BV/186/2010

Herr Röben führt kurz zum Beschlussvorschlag aus und verliest diesen. Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Rat der Stadt Jever beschließt die diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweisen.*

2. **Der Rat der Stadt Jever beschließt die Auslegung des Bebauungsplan Nr. 80 „Sondergebiet Verbrauchermarkt Bahnhofstraße/Adolf-Ahlers-Straße“ nebst Begründung (Auslegungsbeschluss) gemäß § 3 Absatz 2 BauGB und die förmliche Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen

- TOP 11 Widmung von Straßen gemäß § 6 des Nieders. Straßengesetzes sowie Feststellung der betriebsfertigen Herstellung von Entwässerungskanälen**

dazu

BauA Nr. 40 vom 3.3.2010

VA Nr. 64 vom 9.3.2010

Vorlage: BV/174/2010

Herr Röben verweist auf den anliegenden Entwurf der Bekanntmachung über die Widmung von Straßen und Plätzen und die Feststellung der betriebsfertigen Herstellung von Entwässerungskanälen und verliert den Beschlussvorschlag.

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Jever beschließt den Inhalt des diesem Beschluss anliegenden Entwurfes einer Bekanntmachung über die Widmung von Straßen und Plätzen und die Feststellung der betriebsfertigen Herstellung von Entwässerungskanälen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

- TOP 12 Verkaufsbedingungen für das Baugebiet "Ehentrautstraße"**

dazu

FinA Nr. 26 vom 15.3.2010

VA Nr. 65 vom 23.3.2010

Vorlage: BV/196/2010

Herr Rüstmann führt zur Beschlussvorlage kurz aus und verliert den Beschlussvorschlag.

Herr Schönbohm merkt an, dass nach seiner Kenntnis die Kaufpreise erstmals gestaffelt seien. Dieses sei zu begrüßen. Außerdem habe sich seine Gruppe mit ihrem Antrag durchgesetzt, dass hier kein Wall angelegt werde. Dieses sei seit langem der erste Antrag der SWG-Sender-Gruppe, der eine Mehrheit gefunden habe.

Herr Rüstmann weist darauf hin, dass die Stadt Jever für das Baugebiet Kleiberring bereits eine Kaufpreisstaffelung vorgenommen hatte.

Beschlussvorschlag:

Die der Sitzungsvorlage anliegenden Verkaufsbedingungen für das Baugebiet „Ehrentrautstraße“ werden beschlossen. Der durchschnittliche Verkaufspreis beträgt 62,00 € / m².

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 13 Abrechnung Stiftungsvermögen 2009

dazu

FinA Nr. 26 vom 15.3.2010

VA Nr. 65 vom 23.3.2010

Vorlage: BV/182/2010

Ohne weitere Aussprache beschließt der Rat der Stadt:

Die Abrechnungsergebnisse 2009 des Stiftungsvermögens werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 14 Petition der Stadt Jever an das Land Niedersachsen zur besseren finanziellen Unterstützung der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH

dazu

KuWiA Nr. 23 vom 25.3.2010

VA Nr. 66 vom 6.4.2010

Vorlage: BV/185/2010

Die Vorsitzende verliest die dieser Niederschrift beigelegte Petition.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever wird mit der anliegenden Petition an das Land Niedersachsen appellieren, den Bestand der Landesbühne Niedersachsen Nord dauerhaft zu gewährleisten.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 15 Freiwillige Feuerwehr Jever;
Entlassung und Ernennung des Ortsbrandmeisters der Freiwilligen
Feuerwehr Jever, Ortswehr Cleverns**

**dazu
VA Nr. 65 vom 23.3.2010
Vorlage: BV/198/2010**

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Jever folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Jever, Ortswehr Cleverns, Herr Carl Burmann, wird mit Ablauf des 31. Mai 2010 gem. § 38 NBG auf eigenen Antrag aus dem Ehrenbeamtenverhältnis unter Beendigung der vorgenannten Funktion entlassen.**
- 2. Gemäß § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz i.V.m. den §§ 6 ff des Nds. Beamtengesetzes wird Herr Bernd Eggers zum 01. Juni 2010 zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Jever, Ortswehr Cleverns, unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis ernannt.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 16 Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen
durch den Rat**

**dazu
VA Nr. 66 vom 6.4.2010
Vorlage: BV/208/2010**

Herr Harms führt aus, dass es im Jahre 2006 nur um eine Skulptur für den "Familia-Kreisel" gegangen sei. Mittlerweile gehe es um mehrere Skulpturen, die laut Angaben der Verwaltung der Stadt Jever selbst kein Geld kosten, sondern über Zuwendungen und Spenden finanziert werden sollen. Da in diesem Fall die Spender nicht genannt werden möchten, werde **er** deren Namen nicht nennen. **Er** habe jedoch folgende Fragen, die vor der Beschlussfassung beantwortet werden sollten:

1. Wer hat von der Verwaltung oder vom Rat die Spenden wie und wodurch eingeworben?
2. Hat es bei der Einwerbung Ablehnungen gegeben?
3. Sind oder werden mit der Spende bestimmte Bedingungen und Verpflichtungen, u.a. über die Auswahl der Skulptur und auch über die Festlegung des künftigen

Standortes verbunden und zugesichert?

4. Was würde mit den Spenden geschehen, wenn gewisse Wünsche, Verpflichtungen oder Standortzusagen nicht erfüllt werden?
5. Bezüglich der Auftragserteilung an den Künstler bittet **Herr Harms** um Auskunft, wann und von wem die Auftragserteilung erfolgt und beschlossen worden sei.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die letzte Frage nicht zu dem Thema Spenden gehöre und daher nicht beantwortet werden müsse. Dieses bejaht **Herr Harms**, bittet aber um Beantwortung der 4 zuerst genannten Fragen.

Sodann beantwortet **Herr Müller** die aufgeworfenen Fragen. Es sei bekannt, dass Herr Husemann von der Stadt bzw. vom Rat beauftragt worden sei, Spenden einzuwerben. Dieser habe dafür ein entsprechendes, von der Bürgermeisterin unterschriebenes Schreiben erhalten. Darüber habe Herr Husemann auch berichtet. Als Vorsitzender des Planungsausschusses und als stellvertretender Bürgermeister der Stadt Jever sei er für die Stadt eingesprungen, damals beginnend mit dem Familia-Kreisel Spenden einzuwerben. Danach wurde berichtet, dass es in der Folge um einen Skulpturenpfad gehe. In der letzten Sitzung des Rates sei bereits über Spenden beschlossen worden. Damals sei auch Skulpturenpfad erwähnt worden, so dass es sich hier nicht um ein Novum handele. **Herr Müller** führt zu Frage 2 aus, dass ihm nicht bekannt sei, ob es Ablehnungen bei der Einwerbung von Spenden gegeben habe.

Zu Frage 3 erklärt **er**, dass ihm keine anderen Bedingungen für die Spenden bekannt seien, als dass diese für einen Skulpturenpfad verwendet werden sollen. Weitere unmittelbare Bedingungen gebe es nicht. Wenn der Skulpturenpfad nicht realisiert werden könne, müsse man sich erneut mit den Sponsoren zusammensetzen. Das daraus folgende Ende wolle **er** aber offen lassen, da man jetzt erst einmal auf dem Weg sei, den Skulpturenpfad zu errichten. Wenn der Skulpturenpfad nicht umgesetzt werde, werde sich die Verwaltung überlegen müssen, wie man die Spenden zurück gebe. Dieses wäre ein Novum in der Geschichte. Dann wäre dieses sicherlich die letzte Sponsoren- bzw. Spendenaktion in Jever gewesen.

Ihm täte der Künstler leid, mit dem man im engen Kontakt stehe. Der Künstler habe ihm gegenüber erklärt, dass er seinen Namen gerne gebe und zu seiner Kunst stehe. Er sei aber nicht davon begeistert, in welchen Gesamtkontext seine Skulpturen jetzt gebracht werden. Herr Reiberg habe viele Vorleistungen erbracht, ohne diese in Rechnung gestellt zu haben. So wie das Thema behandelt und diskutiert werde, handele es sich dabei nicht um eine gute Werbung für ihn.

Herr Werber erklärt, dass davon gesprochen werde, dass die Sponsoren diese Skulpturen finanzieren. **Er** fragt, was dieses genau bedeute; ob von diesen Sponsorengeldern die Folgekosten - Instandhaltung der Figuren für die nächsten 20 bis 40 Jahren - bestritten werden sollen und ob die Aufstellungskosten, wie z.B. das Fundament für die Skulpturen zu den Kosten gehören, die mit den Spenden finanziert werden sollen. **Herr Müller** erklärt, dass diese Fragen Verwunderung auslösen, da diese bereits beantwortet worden seien. **Herr Werber** erwidert, dass ihm die Antworten nicht bekannt seien. **Herr Müller** erläutert, dass das Fundament durch die Spenden bezahlt werde. Es werde alles durch Spenden oder Vergünstigungen getragen außer die Instandhaltung. Die Instandhaltungskosten könne kein Spender über 20 Jahre aufbringen. Hier sei dann die Stadt Jever in der Verpflichtung, das Konzept umzusetzen und die Instandhaltungskosten zu tragen. Letztendlich sei nach Erstellung der Skulpturen die Stadt der Eigentümer und müsse auf diese, wie bei allen anderen Denkmälern in der Stadt auch, ein Auge darauf haben und diese auch in Ordnung halten. **Herr Werber**

bedankt sich für die umfangliche Beantwortung seiner aufgeworfenen Fragen durch Herrn Müller.

Herr Udo Albers fragt, wie lange die Stadt verpflichtet sei, diese Skulpturen zu erhalten, wenn man die Spenden jetzt annehme und damit deren Aufstellung davon finanziere. Gebe es dafür ein Regelwerk, wie lange diese Skulpturen erhalten werden müssen. **Herr Müller** erwidert, dass die Sponsoren keine Bedingungen für solche Fälle gestellt hätten und darauf vertrauen, dass die Stadt den Skulpturenpfad ordnungsgemäß umsetze. Dabei gingen diese von einem längeren Bestand des Skulpturenpfades aus.

Beschlussvorschlag:

Die für die Stadt Jever im Zeitraum vom 01. Febr. 2010 – 30. März 2010 eingegangene Spende in Höhe von 5.000,00 Euro wird gemäß § 83 Absatz 4 NGO angenommen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 23 Enthaltung 6

TOP 17 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:19 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagedstedt
Protokollführer/in

